

Bebauungsplan (Teilsanierungsplan) "Schulberg-Vaihinger Straße -Hirschstraße"

Der vom Gemeinderat am 9.5.1973 beschlossene Bebauungsplan (Teilsanierungsplan) "Schulberg-Vaihinger Straße - Hirschstraße", bestehend aus dem Lageplan des Vermessungsbüros Eugen Schüle in Stuttgart-Zuffenhausen vom 7.3.1973 mit Textteil und Begründung vom 19.3.1973 wurde gemäß § 11 BBauG mit Erlaß des Landratsamts Ludwigsburg vom 20.9.1973 genehmigt.

Der genehmigte Bebauungsplan liegt gemäß § 12 BBauG vom 1.10.1973 bis 8.10.1973, je einschließlich, beim Bürgermeisteramt, Zimmer 12 (Sitzungssaal) öffentlich aus.

Bebauungsplanänderung "Gartenstraße -- südwestlicher Teil"

Die vom Gemeinderat am 7.2.1973 beschlossene Änderung des Bebauungsplans "Gartenstraße -- südwestlicher Teil", bestehend aus dem Lageplan des Vermessungsbüros Eugen Schüle in Stuttgart-Zuffenhausen, vom 8.11.1972 mit Textteil und Begründung vom 8.11.1972, wurde mit Erlaß des Landratsamts Ludwigsburg vom 20.9.1973 gemäß § 11 BBauG genehmigt. Die genehmigte Bebauungsplanänderung liegt gemäß § 12 BBauG vom 1.10.1973 bis 8.10.1973, je einschließlich, beim Bürgermeisteramt, Zimmer 12 (Sitzungssaal) öffentlich aus.

Bebauungsplanänderung "Alte Vaihinger Straße -- Anlagenweg"

Die vom Gemeinderat am 6.6.1973 beschlossene Änderung des Bebauungsplanes "Alte Vaihinger Straße -- Anlagenweg", bestehend aus dem Lageplan des Vermessungsbüros Eugen Schüle in Stuttgart-Zuffenhausen vom 28.3.1973/6.6.1973 mit Textteil und Begründung vom 28.3.1973 wurde mit Erlaß des Landratsamts Ludwigsburg vom 20.9.1973 gemäß § 11 BBauG genehmigt. Die genehmigte Bebauungsplanänderung liegt gemäß § 12 BBauG vom 1.10.1973 bis 8.10.1973, je einschließlich, beim Bürgermeisteramt, Zimmer 12 (Sitzungssaal) öffentlich aus.

Diphtherie-- und Wundstarrkrampf-Impfung 1973 Schluckimpfung gegen Kinderlähmung

Durch das Gesetz über die Impfungen gegen Diphtherie vom 25.1.1954 (Ges.B. S. 5) und die dazu ergangenen Durchführungsverordnungen vom 13.10.1954 (Ges.B.S. 148) und vom 8.11.1957 (Ges.B.S.140) sowie durch den Erlaß des Innenministeriums über die Durchführung der Impfung gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf vom 2.11.1965 Nr.X 2200/95 GABL. S. 557 ist eine landeseinheitliche Regelung getroffen worden. Die Impfungen gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf werden ab Mitte Oktober bis Ende November in allen Städten und Gemeinden des früheren Landkreises Ludwigsburg vom Staatlichen Gesundheitsamt Ludwigsburg durchgeführt.

Zu dieser Impfung werden die Kinder des Geburtsjahrgangs 1972 zur Erstimpfung mit je einem Impfgang ab Mitte Oktober und ab Mitte November aufgerufen. Die Kinder der Geburtsjahrgänge 1969 und 1965 werden ab Mitte Oktober zur Wiederholungsimpfung aufgerufen.

Beim 2. Impfgang der Impfung gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf ab Mitte November beginnt gleichzeitig die Schluckimpfung gegen Kinderlähmung, zu der alle Kinder vom 4. Monat an aufgerufen werden, die noch keinen oder noch nicht ausreichenden (2 - 3 mal) Impfschutz besitzen. Die Wiederholungsimpfung für die Impfung gegen Kinderlähmung findet am 21. Januar 1974 statt.

Der 1. Impfgang für den Jahrgang 1972 gegen Diphtherie und Wundstarrkrampf und die Wiederholungsimpfung für die Kinder der Jahrgänge 1965 und 1969 findet am **Freitag, dem 19. Oktober 1973 von 8.30 bis 11.30 Uhr** im Gemeinschaftsraum der Grundschule am Berg und auf dem Hardt-Schönbühlhof von 13.45 bis 14.15 Uhr in der alten Schule statt.

Der 2. Impfgang für die Kinder des Jahrgangs 1972 findet am **Freitag, dem 16. November 1973 von 8.30 bis 11.30 Uhr** im Gemeinschaftsraum der Grundschule am Berg und auf dem Hardt-Schönbühlhof von 13.45 bis 14.15 Uhr statt. Während dieser Zeit wird in dem gleichen Raum die Schluckimpfung gegen Kinderlähmung durchgeführt. Der 2. Impfgang gegen Kinderlähmung ist am Freitag, dem 25.1.1974 in der Zeit von 8.30 bis 11.30 Uhr im Gemeinschaftsraum der Grundschule am Berg. Auf dem Hardt-Schönbühlhof wird die Wiederholungsimpfung gegen Kinderlähmung am 25. Januar 1974 von 13.45 bis 14.15 Uhr in der alten Schule durchgeführt.

Sonstiges

Rente nach Mindesteinkommen

Das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 sieht unter bestimmten Voraussetzungen eine Anhebung der Kleinrenten vor.

Dabei werden Rentenberechtigte, die mindestens 25 anrechnungsfähige Versicherungsjahre zurückgelegt haben, bei der Rentenberechnung grundsätzlich so gestellt, wie wenn sie vor dem 1. Januar 1973 wenigstens 75 v.H. des durchschnittlichen Arbeitsentgelts aller Versicherten verdient und entsprechende Beiträge entrichtet hätten.

Ziel der neuen Vorschriften.

Eine unzureichende Rente trotz langer Beitragszeiten hat ihre Ursache häufig darin, daß die Versicherten einen Beruf ausgeübt haben, der in der Vergangenheit allgemein unterbezahlt war. Hiervon waren Beschäftigte in ländlichen Gegenden und in Sozialberufen besonders betroffen. Aber auch Frauen mußten vielfach Abschlüsse hinnehmen.

Die neue Regelung versucht, diese Benachteiligung bei der Rente auszugleichen.

Der Zeitraum, für den die Arbeitsentgelte anzuheben sind, ist bis Ende 1972 begrenzt. Die Versicherungszeiten, die eine Korrektur erfahren, müssen also vor dem 1. Januar 1973 liegen.

Geltungsbereich der neuen Bestimmungen.

Die neuen Vorschriften gelten sowohl für Renten aus Versicherungsfällen, die nach dem 31. Dezember 1972 eintreten, als auch für solche Renten, die auf einem Versicherungsfall vor dem 1. Januar 1973 bzw. vor dem 1. Januar 1957 beruhen.

Voraussetzungen

Der Rentenberechtigte muß für die Rentenfeststellung insgesamt mindestens 25 anrechnungsfähige Versicherungsjahre mit Pflichtbeitragszeiten, Ersatzzeiten (z.B. Kriegsdienst, Verfolgung, Vertreibung usw.) zurückgelegt haben. Zeiten, die mit freiwilligen Beiträgen oder mit Ausfallzeiten (z.B. wegen Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit usw.) einschließlich der pauschalen Ausfallzeit belegt sind, werden dagegen nicht mitgerechnet.

Wie erfolgt die Anhebung?

Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, dann ist jeder Kalendermonat, der vor dem 1. Januar 1973 mit einem Pflichtbeitrag belegt ist, mit 6,25 (= 1/12 von 75 % für 12 Pflichtbeitragsmonate) zu bewerten, wenn sich aus allen Pflichtbeiträgen für Zeiten vor dem 1. Januar 1973 ein geringerer Monatsdurchschnitt ergibt.

Auf Ersatz- und Ausfallzeiten findet die Mindestbewertung keine Anwendung. Dies hat zur Folge, daß sich die Anhebung der Pflichtbeiträge auf die Bewertung der Ersatz- und Ausfallzeiten nicht auswirkt.

Welche Renten fallen unter die Anhebung?

Die Rentenanhebung nach Mindesteinkommen gilt sowohl für Versichertenrenten als auch für Hinterbliebenenrenten, die auf Versicherungsfällen zwischen dem 1. Januar 1957 und 31.